

Tischvorlage für Pressekonferenz am 18.09.2018

Damoklesschwert „Strabs“: FREIE WÄHLER wollen Bürger entlasten – Keine weitere Abrechnung älterer Straßen als Ersterschließung!

Das Problem:

- Hunderttausende Straßenanlieger in Bayern müssen derzeit fürchten, zu hohen Zahlungen für die Ersterschließung von Straßen herangezogen zu werden, die bereits vor mehreren Jahrzehnten gebaut wurden, aber „offiziell“ noch nicht fertiggestellt sind.
- Problem ist die derzeitige Regelung im Kommunalabgabengesetz (KAG): Demnach können keine Erschließungsbeiträge mehr erhoben werden, sofern seit dem Beginn der erstmaligen technischen Herstellung einer Straße mindestens 25 Jahre vergangen sind. **Diese Verjährungsregelung tritt jedoch erst am 1. April 2021 in Kraft.**
- Bisher gingen die Gemeinden davon aus, auch nach der 25-Jahres-Frist noch einen Teil der Kosten über die Straßenausbaubeiträge erheben zu können. **Durch den Wegfall der Straßenausbaubeiträge ist für diese Gemeinden eine neue Situation entstanden:** Nun reduzieren sich die Einnahmen für den Ausbau solcher Straßen erheblich und gleichzeitig hat die Staatsregierung die Ersatzfinanzierung für die „Strabs“ noch immer nicht fair geregelt.
- Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion möchte die **Verjährungsregelung auf den 1. Januar 2018 vorverlegen, um weitere Schock-Beitragsbescheide an Straßenanlieger zu vermeiden.**

Die Konsequenzen der bisherigen Regelung:

- In den betroffenen Gemeinden sind die Folgen der aktuellen Regelung deutlich spürbar: Derzeit fehlen wegen des Breitbandausbaus und des Infrastrukturchochlaufs im Verkehrsbereich Tiefbaukapazitäten.
- Die Kosten im Tiefbau sind dementsprechend stark gestiegen, die Planungsdauer ist lang. **Betroffene Gemeinden müssen daher mit sehr hohen Kosten rechnen und stehen bei entsprechender Planungsdauer innerhalb der nächsten zwei Jahre unter starkem Zugzwang.**

- Die Straßenanlieger müssen wiederum damit rechnen, für die Ersterschließung von Straßen – die bereits Jahrzehnte bestehen – noch herangezogen zu werden.

Die Lösung:

- Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordert, dass bereits **rückwirkend zum 1. Januar 2018** keine Erschließungsbeiträge mehr für Straßen erhoben werden können, **die seit dem Beginn der erstmaligen technischen Herstellung einer Erschließungsanlage mindestens 25 Jahre alt sind.**
- Zudem muss es endlich eine **Ersatzfinanzierung des Freistaats Bayern für Kommunen wegen der weggefallenen Straßenausbaubeiträge** geben.
- Dem Modell der FREIEN WÄHLER folgend erhalten Kommunen für Straßen, die vor mehr als 25 Jahren technisch hergestellt wurden und zur Sanierung anstehen, **über ein Förderprogramm einen Staatszuschuss für den Ausbau.**
- So müssen nicht länger die Anwohner mit teils unsozial hohen Beiträgen zur Finanzierung herangezogen werden.
- Das Prinzip „**Straße saniert – Bürger ruiniert**“ würde endgültig der Vergangenheit angehören.

Pressekontakt:

Der Pressesprecher der **FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION** im Bayerischen Landtag
Dirk Oberjasper, Maximilianeum, 81627 München
Tel.: +49 (0) 89 / 41 26 – 29 41, Dirk.Oberjasper@FW-Landtag.de